

Aktionsbündnis: soziale Gerechtigkeit
Leipzig - Nordsachsen



Presseinformationen: Telefon 0341-463 99 79, Fax 0341-463 99 78, e-Mail: presse@aktionsbuendnis-leipzig.de

Information

Leipzig, den 9. August 2004

9 000 Demonstranten zur Montagsdemonstration in Leipzig

Am frühen Abend demonstrierten 9 000 Menschen durch die Leipziger Innenstadt und forderten die Rücknahme der Hartz IV-Gesetze. Auf Transparenten war auch „Hände weg von den Renten“ zu lesen. Zu der Demonstration hatten kurzfristig einige Aktivisten aus den Organisationen der sozialen Bewegung aufgerufen, um die Montagsdemonstrationen in Magdeburg, Dessau, Suhl, Erfurt, Dresden, Torgau und anderen Städten zu unterstützen. Die Demonstranten riefen in Sprechchören „Schließt Euch an“, „Wir sind das Volk“, „Nieder mit Hartz IV“ und „Wir kommen wieder“. Der Vorsitzende des Bundeserwerbslosenausschusses von Ver.di, Peter Heller, erklärt: „Die Demonstrationen sind die Antwort auf die unsoziale Politik der Bundesregierung und die sie im Bundesrat stützende CDU. Wir brauch eine sozial gerechte Politik, die damit aufhört ständig Rentnern, Erwerbslosen, Studenten und Kleinverdienern in die Tasche zu greifen und den Einkommensmillionären ständig neue Steuergeschenke hinterher wirft“.
Eine Gruppe von ehemaligen Bürgerrechtlern aus dem Neuen Forum und der Initiative Frieden und Menschenrechte, welche die Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 mit initiiert hatten und sich heute in der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (ASG) engagieren, wiesen in Gesprächen die Vorwürfe einiger Politiker zurück, man dürfe gegen Hartz IV keine Montagsdemonstrationen organisieren. „Im Gegenteil“, so der damalige Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig Oliver Kloß, „der Eintritt für die Verwirklichung der Menschenrechte schließt soziale Grundrechte mit ein. 1989 lag der Schwerpunkt unserer Forderungen bei den bürgerlichen Freiheitsrechten wie Demonstrations-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie freien Wahlen. Heute sind die zum Beispiel in den UNO-Menschenrechtspakten von 1968 festgeschriebenen sozialen und kulturellen Rechte in den Mittelpunkt gerückt. Menschenwürdiges Leben ist nur in sozialer Sicherheit möglich. Wir brauchen endlich eine sozial gerechte Politik. Wer 1989 für die Verwirklichung der Menschenrechte eingetreten ist, müsste das - wie wir - auch heute tun und sich an den Montagsdemonstrationen beteiligen. 200 bis 300 Euro reichen nicht für ein menschenwürdiges Auskommen.“

Das Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen) ist an Informationen über den Beginn und Verlauf von Montagsdemonstrationen in anderen Städten der Bundesrepublik interessiert. Nur gemeinsam werden wir eine sozial gerechte Politik durchsetzen. Diesbezügliche Informationen können per e-Mail an info@aktionsbuendnis-leipzig.de geschickt werden.

Unter der Internetadresse www.montagsdemonstration-leipzig.de kann sich jeder ab sofort über den Fortgang der Montagsdemonstrationen informieren.